

Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2021

Sehr geehrte Kandidat*innen, liebe Wähler*innen,

am 14. März 2021 ist Landtagswahl in Baden-Württemberg. Von Gesundheitspolitik, über Bildungspläne bis hin zum Klimaschutz – mit unserer Stimme werden wir über Fragen entscheiden, die unser Zusammenleben und unsere Zukunft unmittelbar betreffen. Vieles davon ist eng mit der Arbeit der Aidshilfen verbunden.

In Baden-Württemberg bieten 13 Aidshilfen professionelle Beratung und Begleitung von Menschen mit HIV¹/Aids² sowie deren An- und Zugehörige an. Sie leisten Präventions-, Aufklärungs- und Anti-Diskriminierungsarbeit im Bereich HIV/Aids und anderer sexuell übertragbarer Infektionen (STI) und setzen sich für Vielfalt und Solidarität ein. Durch niedrigschwellige Testangebote tragen die Aidshilfen dazu bei, die Zahl der Neuinfektionen hierzulande niedrig zu halten.

Mit unseren Wahlprüfsteinen möchten wir Ihnen Denkanstöße und Anregungen für eine Politik geben, die in der nächsten Legislaturperiode Teilhabe von Menschen mit chronischen Erkrankungen ermöglicht, Diskriminierung abbaut und Offenheit und Akzeptanz fördert.

Ihre AIDS-Hilfe Baden-Württemberg e.V.

1

Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2021	1
Diskriminierung und Rassismus.....	2
Umsetzung der 90-90-90-0-Ziele von UNAIDS	3
Drogengebrauchende Menschen	4
Menschen in der Sexarbeit.....	4
Checkpoints in Baden-Württemberg.....	5
Aufklärungsarbeit	5
Finanzierung der Aidshilfen in Baden-Württemberg	6

¹ HIV = Human immunodeficiency virus (Humane Immundefizienz-Virus)

² Aids = Acquired Immune Deficiency Syndrome (Akquiriertes Immun-Defizienz-Syndrom)

Diskriminierung und Rassismus

Die Präventionsarbeit der Aidshilfen hat in den letzten Jahren neben der reinen Wissensvermittlung der Übertragungswege und dem Schutzverhalten bei HIV und anderen sexuell übertragbaren Infektionen eine bedeutende Rolle in der Vermittlung von Themen wie Gleichberechtigung, Umgang mit Rollenbildern und sexueller Orientierung eingenommen. Mit dem erweiterten Zugang zu besonderen Zielgruppen wie bspw. Geflüchteten ist uns ein bedeutender Baustein in der Präventions- und Integrationsarbeit gelungen.

Frage 1: Wie positioniert sich Ihre Partei zu den Themen Diskriminierung und Rassismus gesellschaftlicher Gruppen in Zusammenhang mit chronischen Infektionen und geschlechtlicher Identität sowie sexueller Orientierung? Welche Maßnahmen wird Ihre Partei gegen diese Form der Diskriminierung in Baden-Württemberg ergreifen?

Frage 2: Treten Sie dafür ein, dass das Land Baden-Württemberg diese wichtige Integrations- und Aufklärungsaufgabe der Aidshilfen finanziell unterstützt und wenn ja, in welcher Höhe?

Frage 3: Wie ist Ihre Meinung zur Erweiterung des Artikel 3 Grundgesetz um das Verbot der Diskriminierung aufgrund sexueller und geschlechtlicher Identität?

Gesundheit ist ein Menschenrecht. Alle Menschen, die in Deutschland leben, sollen ungeachtet ihres kulturellen Hintergrunds den gleichen Zugang zu Information, Prävention, Beratung und Versorgung erhalten. Dies ist im Aktionsplan zur Umsetzung der HIV/Aids-Bekämpfungsstrategie der Bundesregierung vorgesehen³.

Frage 4: Mit welchen konkreten Maßnahmen wird Ihre Partei zu einer Verbesserung der Präventions- und Behandlungsangebote für die sexuelle Gesundheit von Migrant*innen in Baden-Württemberg beitragen?

Frage 5: Wie will Ihre Partei die gesundheitliche Versorgung von Migrant*innen ohne ausreichenden Versicherungsschutz in Baden-Württemberg sicherstellen?

Bei rechtzeitiger Diagnose und Behandlung können HIV-Positive ein normales Leben führen. Eine erfolgreiche Therapie schützt – selbst beim Sex – vor Übertragung. Dennoch wird das Leben von vielen Menschen mit HIV immer noch durch Diskriminierung und Stigmatisierung erschwert.

Frage 6: Inwiefern wird Ihre Partei dazu beitragen, der Bevölkerung in Baden-Württemberg ein modernes Bild vom Leben mit HIV zu vermitteln?

Frage 7: Welche Ideen haben Sie, Menschen mit HIV zukünftig besser vor Diskriminierung zu schützen (bspw. durch einen vereinfachten Klageweg)?

³ [Bericht zum Aktionsplan zur Umsetzung der HIV-AIDS-Bekämpfungsstrategie der Bundesregierung.pdf \(bundesgesundheitsministerium.de\)](#)

Zurückweisung erfahren Menschen mit HIV auch dort, wo sie sich medizinische Expertise und Versorgung versprechen: im Gesundheitswesen. Jeder 5. Person wurde eine medizinische Behandlung verweigert.⁴ Häufig kommt es vor, dass Menschen mit HIV Termine nur am Ende der Sprechstunde angeboten bekommen, falsche Informationen über ihre Rechte und Pflichten erhalten sowie Verletzungen der Schweigepflicht erleben. Für die Ausgrenzung und Ungleichbehandlung von Menschen mit HIV gibt es keine medizinischen Gründe.

Frage 8: Wie wird Ihre Partei eine diskriminierungsfreie Behandlung durch Ärzt*innen und medizinisches Personal in Praxen, Krankenhäusern und Rehakliniken in Baden-Württemberg gewährleisten?

Durch den medizinischen Fortschritt leben immer mehr und zunehmend ältere Menschen mit HIV in unserer Gesellschaft. Ihr Kontakt zum Gesundheitssystem wird deshalb immer häufiger, länger und auch komplexer durch typische Erkrankungen im Alter. Das Pflege- und Altenhilfesystem in Deutschland ist nicht auf Menschen mit HIV vorbereitet.

Frage 9: Inwiefern wird Ihre Partei zur diskriminierungsfreien Pflege von Menschen mit HIV in Baden-Württemberg beitragen?

Frage 10: Mit welchen Maßnahmen will Ihre Partei das Personal im Gesundheitssystem und in Pflegeberufen auf die steigende Zahl älter werdender Menschen mit HIV vorbereiten?

Menschen mit HIV, die eine antiretrovirale Therapie erhalten, sind arbeits- und leistungsfähig. Ein Ansteckungsrisiko besteht im Berufsalltag nicht, weder für Kolleg*innen, noch für Bürger*innen. Dennoch wurde 2017 auf der Frühjahrstagung der leitenden Polizeiarzt*innen von Bund und Länder beschlossen, dass HIV-positive Bewerber*innen polizeidienstuntauglich seien. Auf Nachfrage bei der Antidiskriminierungsstelle des Bundes bekamen wir die Rückmeldung, dass eine Benachteiligung wegen einer HIV-Infektion in Bezug auf die Erwerbstätigkeit nicht zulässig ist.

Frage 11: Wie stehen Sie der grundsätzlichen Ablehnung von HIV-positiven Bewerber*innen für den Polizeidienst gegenüber? Wird Ihre Partei sich gegen diese Diskriminierung einsetzen?

Umsetzung der 90-90-90-0-Ziele von UNAIDS

90 Prozent der Menschen mit HIV sollen von ihrer Infektion wissen, davon 90 Prozent in Behandlung sein und davon wiederum 90 Prozent eine Viruslast unter der Nachweisgrenze haben, sodass HIV selbst beim Sex ohne Kondom nicht mehr übertragen werden kann („Schutz durch Therapie“). Die Null steht für null Diskriminierung von Menschen mit HIV.

Frage 12: Welche Maßnahmen sind angedacht, um die weltweiten Ziele 90-90-90-0 in naher Zukunft vollständig umzusetzen?

⁴ Positive Stimmen verschaffen sich Gehör – Die Umsetzung des PLHIV Stigma Index in Deutschland; Deutsche AIDS-Hilfe e.V., 2012

Drogengebrauchende Menschen

Wer Drogenkonsument*innen ermöglicht, Risiken zu reduzieren, hat damit Erfolg. Wichtige Maßnahmen sind vor allem der Zugang zu sterilen Spritzen und Zubehör, Informationen über „Safer Use“, Drogenkonsumräume und die Möglichkeit von Substitutionstherapien. Dazu braucht es mehr als einen einzelnen Drogenkonsumraum in Baden-Württemberg. Oft verhindern ideologische Barrieren wirksame Maßnahmen der Risikominimierung – und das obwohl Suchtmittelabhängigkeit seit vielen Jahren ein anerkanntes Krankheitsbild ist. Drogenpolitik braucht eine differenzierte Betrachtung des Drogenkonsums als persönliche, bewusste Entscheidung zum Genusskonsum, als Lebensstiläußerung oder auch als Krankheit, für die es bedürfnisorientierte Therapien geben muss.

Frage 13: Für welche Drogenpolitik steht Ihre Partei und welche Maßnahmen planen Sie?

Frage 14: Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, inhaftierten Menschen in Baden-Württemberg saubere Spritzen und Injektionszubehör zugänglich zu machen?

Frage 15: Welche Maßnahmen wird Ihre Partei darüber hinaus ergreifen, um effektive HIV- und STI-Prävention in Haftanstalten umzusetzen?

Menschen in der Sexarbeit

Die prekäre Lage durch die Corona-Pandemie wird dazu genutzt, politische Ziele zu befördern, so rückt das Sexkaufverbot seit Monaten immer mehr in die Öffentlichkeit. Sicherheit für Sexarbeiter*innen lässt sich jedoch nur unter legalen Bedingungen herstellen. Um Menschen zu erreichen und zu unterstützen, bedarf es einer höheren Akzeptanz und Respekt. Ein Verbot sorgt dafür, dass Sexarbeiter*innen allein gelassen werden. Wer wirklich helfen möchte, muss bei den Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen anfangen. Um professionell zu unterstützen, braucht es ein flächendeckendes Beratungsangebot in Baden-Württemberg, dessen Finanzierung gesichert sein muss

Frage 16: Wie steht ihre Partei zu einem Sexkaufverbot?

Frage 17: Welche Maßnahmen wird ihre Partei ergreifen, um die Lebens- und Arbeitssituationen von Sexarbeiter*innen zu verbessern?

Frage 18: Wird ihre Partei sich dafür einsetzen, dass in Baden-Württemberg ein flächendeckendes Beratungsangebot für Menschen in der Sexarbeit finanziert wird?

Derzeit können sich Menschen in der Sexarbeit teilweise nicht nach dem Prostituiertenschutzgesetzes anmelden, da sie im Vorfeld keine gesundheitliche Beratung in den zuständigen Gesundheitsämtern bekommen.

Frage 19: Inwieweit wird die Umsetzung des Prostituiertenschutzgesetzes in Krisenzeiten, wie der Coronapandemie, gewährleistet?

Checkpoints in Baden-Württemberg

In den vergangenen Jahren haben die Aidshilfen in Baden-Württemberg die Beratungs- und Testangebote um die Checkpoints erweitert und damit sehr viele Menschen niederschwellig und zielgruppenspezifisch erreicht. Durch die Arbeit der Checkpoints konnten zahlreiche Neuinfektionen in den vulnerablen Gruppen identifiziert, aber auch verhindert werden. Die Checkpoints sind zu einem wichtigen Instrument geworden, um das Ziel, Aids bis zum Jahre 2030 auszuschalten, zu erreichen.

Unter Beteiligung eines hohen ehrenamtlichen Engagements findet in den Checkpoints Prävention, Beratung und Testung zur sexuellen Gesundheit statt. Die gesetzlichen Krankenkassen übernehmen diese Kosten als Prophylaxe nicht.

Diese notwendige Erweiterung der HIV/STI Prophylaxe und damit verbunden der Kampf gegen Aids (Late Presenter⁵) benötigt verlässliche Finanzmittel zur Ausstattung personeller Ressourcen und Sachmittel.

Frage 20: In der kommenden Legislaturperiode werden viele Kommunen ihre Förderungen reduzieren und eine Finanzierungslücke in den Aidshilfen hinterlassen. Treten Sie dafür ein, dass das Land Baden-Württemberg dauerhaft und planungssicher in die Grundfinanzierung der Checkpoints einsteigt und damit die Prävention unterstützt und die Verringerung der Neuinfektionen von HIV/STI – und wenn ja, in welcher Form und Höhe?

Frage 21: Wie wichtig ist Ihnen das kostenlose und anonyme Testangebot auf HIV und andere sexuell übertragbare Krankheiten an den Gesundheitsämtern im Land? Wird dieses Angebot weiterhin bestehen bleiben?

Frage 22: Unter den Corona-Bedingungen sind die Gesundheitsämter überlastet und es wurde in vielen Ämtern eine Testung auf HIV und andere STI eingestellt oder stark reduziert. Welche Maßnahmen werden hierzu ergriffen, damit die Menschen ihren Status kennen und ggf. schnellst möglich in Behandlung kommen und nicht die Zahlen „nach Corona“ stark ansteigen?

Aufklärungsarbeit

Um eine positive sexuelle Identität zu entwickeln, müssen im Rahmen der schulischen Aufklärung sexuelle Orientierung und (geschlechtliche) Identität gleichberechtigt behandelt werden.

Frage 23: Was kann Ihrer Meinung nach getan werden, um eine zeitgemäße, diverse Sexualaufklärung flächendeckend für alle Schüler*innen zu implementieren?

⁵ **Late Presenter** = Spät diagnose; viele HIV-Infektionen in Deutschland werden erst erkannt, wenn schon ein Immundefekt besteht oder Personen bereits im Vollbild Aids erkrankt sind.

Finanzierung der Aidshilfen in Baden-Württemberg

Aidshilfen in Baden-Württemberg stehen größtenteils bereits seit über 30 Jahren für professionelle Beratung und Begleitung von Menschen mit HIV und Aids sowie deren An- und Zugehörige. Die Kosten dieser Arbeit steigen jährlich, die Fördersumme bleibt seit Jahren konstant. Mit der Corona-Pandemie steigen die Ängste um finanzielle Einbußen durch das Land und die Kommunen.

Frage 24: Werden auch zukünftig freiwillige Leistungen an die Aidshilfen in Baden-Württemberg gezahlt?

Frage 25: Inwiefern wird sich Ihre Partei für die nachhaltige Finanzierung der Aidshilfearbeit in Baden-Württemberg einsetzen?

Frage 26: Inwiefern wird sich Ihre Partei für die Finanzierung zielgruppenspezifischer Präventionsmaßnahmen einsetzen?